

## ÜBERSICHTEN

### Außenpolitik

#### ASIEN

\*(1)

**China will seine Zusammenarbeit mit den Ländern des Pazifik verstärken**

Anfang April fand die 43. Jahresversammlung der ESCAP (Wirtschafts- und Sozialausschuß für Asien und den Pazifik) in Bangkok statt, bei der eine Deklaration und ein Aktionsplan für die Entwicklung des "menschlichen Potentials" in der Region verabschiedet wurde (XNA, 21.4.87).

Der chinesische Vertreter, Außenminister Wu Xueqian, erklärte das wachsende Interesse Chinas an der asiatisch-pazifischen Regionalzusammenarbeit. Vierzig Jahre nach ihrer Gründung stehe die ESCAP vor der Herausforderung, in wachsendem Maße Spitzentechnik und spezielle technische Hilfe zu besorgen und die Ausbildung von Fachkräften vorantreiben zu müssen, damit die Region instand gesetzt wird, die rapide wissenschaftliche und technische Entwicklung der Welt mitzuvollziehen.

Schon im November hatte China an der 5. Konferenz für pazifische Wirtschaftskooperation (PECC) in Vancouver teilgenommen. Der chinesische Vertreter erklärte dabei, es sei dies zum ersten Mal, daß China eine Delegation zu einer regionalen Pazifikorganisation entsende. Der chinesische Delegationsleiter, Huan Xiang, wiederholte die alten Pazifik-Modethesen von der Entstehung einer pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft und von den bemerkenswerten Erfolgen dieses Raums. In der Mikroelektronik, in der Biotechnik, bei der Entwicklung neuer Materialien sowie anderer Hochtechnologien habe der pazifische Raum in der Zwischenzeit eine führende Stelle erlangt. Man dürfe bei dieser Bilanz freilich nicht immer nur an die fortgeschrittensten Länder denken, sondern müsse auch den Entwicklungsländern Verdienste zusprechen. Auch sie gehörten zu jenem Wirtschaftspotential, das die Stärke des pazifischen Beckens ausmache. Huan hielt seine Rede übrigens in englischer Sprache (XNA, 18.11.86).

Am 12. November 1986 fand darüber hinaus auch in Beijing eine viertägige Konferenz über die asiatisch-pazifische Wirtschaft statt, die von Zhao Ziyang eröffnet wurde. Die Konferenz stand unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des asiatisch-pazifischen Entwicklungszentrums, der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und des Forschungszentrums für wirtschaftliche, technische und soziale Entwicklung im Rahmen des chinesischen Staatsrats. An der Konferenz nahmen über hundert Teilnehmer aus 15 Ländern und Regionen teil.

Beijing hofft, daß mit dieser Konferenz der erste Schritt zur Schaffung eines Forums getan ist, das als Forum für die weitere Erörterung der Zukunftsaussichten des asiatisch-pazifischen Bereichs dienen soll. Übrigens betonte auch Zhao in seiner Eröffnungsrede, daß der asiatisch-pazifische Raum zur Region mit dem dynamischsten Wirtschaftswachstum der letzten zwanzig Jahre geworden sei. China habe sich seit 1978 der Außenwelt geöffnet und stehe vor allem der Nachbarschaft im asiatisch-pazifischen Raum mit besonderen Erwartungen gegenüber (XNA, 12.11.86). Die pazifischen Länder müßten stärker zusammenarbeiten (XNA, 8.12.86).

Kurz vor Eröffnung der Konferenz hatte China freilich zur Kenntnis nehmen müssen, daß das Wirtschaftswachstum in der pazifischen Region 1986 erstmals seit Jahren zurückgegangen sei. Schuld daran seien drei Faktoren gewesen, nämlich der schnelle Anstieg der Warenpreise, der wachsende Protektionismus der Industrieländer und die Verschuldung einiger Länder (XNA, 24.9.86). -we-

\*(2)

**China erkennt den Südpazifik als atomwaffenfreie Zone an**

Am 10. Februar 1987 unterzeichnete China den Vertrag von Rarotonga, der im Bereich des Südpazifik den Besitz, den Einsatz, die Stationierung und den Test von Nuklearkernen sowie die Entsorgung atomaren Abfalls verbietet. Die Unterzeichnung nahm der chinesische Botschafter auf den Fidji-Inseln vor. Die Unterschrift erfolgte nur fünf Tage, nachdem die USA eine Unterzeichnung des Abkommens wegen "globaler Sicherheitsinteressen" abgelehnt hatten.

Das Vertragsgebiet der kernwaffenfreien Zone erstreckt sich nördlich bis zum Äquator, südlich bis zur kernwaffenfreien Zone der Antarktis, westlich bis zur australischen Küste am Indischen Ozean und östlich bis zu der vom Tlatelco-Vertrag festgelegten kernwaffenfreien Zone Lateinamerikas.

Die kernwaffenfreie Zone Südpazifik umfaßt u.a. auch Französisch-Polynesien, von dem das Mururoa-Ärgernis der französischen Atomwaffenversuche seit Jahren ausgeht.

Unterzeichnerstaaten waren Australien, Neuseeland, Westsamoa, Fidschi, Kiribati, Tuvalu, Niue und die Cook-Inseln. Ihrem Vorbild folgten mit einiger Verzögerung Papua-Neuguinea, Vanuatu, die Salomon-Inseln, Nauru und Tonga.

Das Vertragswerk wurde nach dem Tagungsort des Südpazifik-Forums, Rarotonga (auf der Cook-Insel), benannt.

Das Südpazifik-Forum ist eine politische Körperschaft, die unabhängige und selbstverwaltete Länder in dieser Region umfaßt. Die führenden Mitgliedstaaten haben erkannt, daß regionales Zusammenwirken kleiner Länder und relativ isolierter Inselstaaten eine bessere Chance zur Lösung der gemeinsamen Probleme gibt. Das Südpazifik-Forum wird jedes Jahr veranstaltet und fand erstmals 1971 in Wellington, Neuseeland, statt. Sprecher des Forums ist z.Zt. einer der Vorkämpfer für eine kernwaffenfreie Zone im Südpazifik, der neuseeländische Präsident David Lange, der im Januar 1985 die Einfahrt angeblich "atomgetriebener und mit Kernwaffen bestückter Kriegsschiffe" der USA in die Häfen Neuseelands unterbunden und deshalb eine ernsthafte Verstimmung bei diesem ANZUS-Partner hervorgerufen hatte.

Der Vertrag war inzwischen nicht nur von den 13 Mitgliedern, sondern auch von der Sowjetunion unterzeichnet worden. Großbritannien hat sich noch nicht festgelegt. Frankreich, das wegen seiner Atomtests auf Mururoa kritisiert worden war, hat ebenfalls seine Unterschrift bislang verweigert.

China hatte die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik bereits beim Besuch des neuseeländischen Premierministers David Lange am 16. September 1986 befürwortet und diesen Standpunkt erneut beim Be-

such des stellvertretenden neuseeländischen Ministerpräsidenten Geoffrey Palmer am 20. März 1987 wiederholt (XNA in SWB, 23.3.87).

Auch mit Australien war sich China über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Südpazifik einig, so z.B. beim Besuch des australischen Premierministers, Robert Hawke, im Mai 1986 (XNA, 24. und 30.5.86).

Im April 1985 hatte Hu Yaobang Neuseeland besucht und dasselbe Thema angesprochen. -we-

### \*(3) Kim Ilsong in China

Vom 21. bis 26. Mai 1987 besuchte der Generalsekretär der nordkoreanischen Arbeiterpartei und Präsident der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik, Kim Ilsong, die VR China. Es war sein erster offizieller Besuch seit 1982.

Zwischen diesen beiden offiziellen Visiten lag auch ein inoffizieller Besuch, der vom 26. bis 28. November 1984 stattfand (XNA, 30.11.84).

Vom 4. bis 6. Mai 1985 hatte außerdem der frühere Generalsekretär Hu Yaobang der DVRK einen Besuch abgestattet (dazu Näheres in: C.a., Mai 1985, S.267-272).

Das Zeremoniell und der Gesprächsstoff waren nahezu identisch mit 1982 (dazu ausführlich C.a., September 1982, S.550-552).

Die fünf alten Themen kamen auch diesmal wieder zur Sprache, nämlich die Gemeinsamkeiten in Krieg und Frieden (Kim bedankte sich erneut für die "wertvolle internationalistische Hilfe", die China den Koreanern 1950 hat zuteil werden lassen); ferner die Unterstützung der nordkoreanischen Wiedervereinigungsvorstellungen, die negative Bewertung der US-Präsenz in Südkorea, die permanente Anschwärzung der Zustände in Südkorea und die Dauerauseinandersetzungen mit sowjetischen Vorwürfen einer chinesischen Zusammenarbeit mit Südkorea.

- Was die Wiedervereinigung anbelangt, so hatte Kim Ilsong Ende 1986 in einer Erklärung vor der Obersten Volksversammlung vorgeschlagen, zwischen Nord- und Südkorea politische und militärische Verhandlungen auf hoher Ebene zu führen. Die Verhand-

lungsthemen sollten sein: die Suche nach Maßnahmen zur Verminderung der politischen Konfrontation und der militärischen Spannungen zwischen Süd und Nord; die Einstellung der gegenseitigen Verleumdungskampagnen; die Reduzierung der Streitkräfte; die Einstellung des Wettrüstens zwischen beiden Teilen Koreas; die Verwandlung der entmilitarisierten Zone in eine Friedenszone; die Einstellung großräumiger Militärübungen; die Stärkung der Funktionen und der Befugnisse der Überwachungskommission der neutralen Staaten, deren Mitglieder von der CSSR, Polen, der Schweiz und Schweden gestellt werden, und die Bildung einer militärischen Überwachung aus Truppen dieser vier Länder. Die Verhandlungen sollten am 27. Januar in Panmunjom beginnen, wobei sowohl die politische als auch die militärische Delegation jeder Seite aus jeweils sieben bis neun hochrangigen Beamten und Offizieren bestehen und von je einem Vizeministerpräsidenten bzw. dem Generalstabschef geleitet sein sollten.

Bereits im Februar 1986 hatte Kim Ilsong die Einstellung der großräumigen Militärübungen und im Juni desselben Jahres dreiseitige militärische Verhandlungen zwischen Südkorea, Nordkorea und den USA vorgeschlagen.

Die chinesische Seite wies darauf hin, daß sich zwar 1985 Licht am Ende des Tunnels gezeigt habe; doch sei es dann - aus Verschiedenheiten Südkoreas - erneut zu den Spannungen des Jahres 1986 gekommen.

Folgende nach chinesischer Auffassung verheißungsvolle Schritte hatte es zwischenzeitlich gegeben:

- Im Januar 1984 machte Nordkorea den Vorschlag zu Verhandlungen zwischen Nord- und Südkorea sowie den USA.

- Im September 1984 lieferte Nordkorea den von schweren Flutkatastrophen geschädigten südkoreanischen Bauern kostenlos Getreide, Baumwollstoffe und Medikamente - der erste Materialaustausch seit der Spaltung des Landes vor vierzig Jahren.

- 1985 führten beide Seiten vier Wirtschaftsgespräche, drei Rotkreuz-Gespräche und zwei Vorbereitungs-gespräche für Parlamentsverhandlungen und schlossen außerdem erste Abkommen über einige prinzipielle Fragen.

- Im September 1985 fanden die ersten gegenseitigen Besuche von Künstlerdelegationen und Delegationen von Heimatbesuchern seit vierzig Jahren statt - ein höchst populäres Ereignis.

Diese Ansätze sollten Anfang 1986 fortgesetzt werden, doch dann kam es am 10. Februar zur Abhaltung eines zweimonatigen US-südkoreanischen Manövers mit der Bezeichnung "Team Spirit 86", an dem 200.000 Soldaten teilnahmen und das unter dem Siegel der "Selbstverteidigung" geführt wurde. Dieser schwere Verstoß gegen den Geist des Aufeinanderzugehens habe Nordkorea gezwungen, weitere Verhandlungen auf später zu verschieben.

Darüber hinaus sei Südkorea so weit gegangen, am 17. November 1986 das Gerücht von der Ermordung Kim Ilsongs in die Welt zu setzen.

Trotz solcher Störzwischenfälle liege die friedliche Wiedervereinigung Koreas aber im Geiste der Zeit. Die Geschichte der vergangenen vierzig Jahre habe gezeigt, daß militärische Drohungen die gespannte Lage auf der koreanischen Halbinsel nur verschärften und den Frieden in Asien und der übrigen Welt gefährdeten. Die USA und Südkorea sollten die Augen nicht vor diesen Tatsachen verschließen (BRU 1986, Nr.8, S.10 f.).

- Auch die US-Präsenz in Südkorea wurde (neben dem erwähnten Militärmanöver) erneut zur Zielscheibe beiderseitiger Kritik - und dies, obwohl China von seiner objektiven Interessenlage her gesehen die US-Präsenz eigentlich begrüßt.

Neu war der Vorschlag Kim Ilsongs, die Halbinsel Korea in eine atomwaffenfreie Friedenszone umzuwandeln, womit die Frage des US-Abzugs indirekt angesprochen wurde; auch dieser Plan stieß auf chinesischen Beifall (XNA, 22., 23., 24. und 25.5.87).

- Auch im vierten Punkt, nämlich der Beurteilung Südkoreas war man sich einig: 1986 sei das schlimmste Jahr der Unruhen gewesen. Die Studenten hätten allen Grund, Antiregierungsproteste zu äußern, nachdem die südkoreanische Regierung ihr Versprechen, direkte Präsidentenwahlen zu veranstalten, nicht eingehalten habe.

1985 und 1986 habe auch die "Demokratische Bewegung" in Südkorea Auftrieb erhalten, die eine

Verfassungsänderung und direkte Präsidentschaftswahlen verlangte. China und - ausgerechnet! - Kim Ilsonng klatschen diesen Forderungen Beifall.

- Schwer zu verdauen sind andererseits die südkoreanisch/chinesische und die nordkoreanisch/so-wjetische Zusammenarbeit.

Nach wie vor gibt es einen intensiven chinesisch-südkoreanischen Handel, der zumeist über Drittländer - und hier wiederum vor allem via Hongkong - läuft. Ende 1985 gab es sogar erste direkte Kontakte, insofern nämlich die Daewoo, einer der großen Konzerne Koreas, ein Joint Venture mit chinesischen Firmen abschloß (Financial Times, 28.10.85, mit näheren Angaben).

Im selben Jahr, 1985, belief sich der Gesamthandel zwischen China und Südkorea auf rd. 1,5 Mrd. US\$.

China muß sich auch insofern gut mit Südkorea stellen, als es immer wieder zur Flucht von Flugzeug- und Schiffsbesatzungen nach Südkorea kommt. Seoul nützt dabei jedes Mal die Gelegenheit, um von China ein formelles Rückgabeabkommen zu erreichen. Im August 1985 beispielsweise kam es zur Bruchlandung eines chinesischen Bombers in der Nähe von Seoul (XNA, 31.8.85). Ferner wurde ein chinesisches Verkehrsflugzeug und ein chinesisches Schnellboot nach Korea entführt.

Bereits im Juni 1985 hatten südkoreanische und chinesische Unterhändler Gespräche hinter verschlossenen Türen über Entschädigungsleistungen im Zusammenhang mit einer zwei Monate vorher erfolgten Kollision zwischen zwei Schiffen ihrer Nationalität begonnen. Dies waren die ersten chinesisch-südkoreanischen Verhandlungen, die von Nicht-Militärpersonen seit 1949 geführt wurden.

Eine etwas peinliche Frage ist schließlich die Teilnahme Chinas an den Olympischen Spielen in Seoul i.J. 1988. Nordkorea hat gegen die Abhaltung der Spiele in Seoul anfangs protestiert, seinen Protest aber später unter der Bedingung zurückgezogen, daß acht der insgesamt 23 olympischen Disziplinen in Nordkorea durchgeführt werden sollten. Das Olympische Komitee habe Zeit, bis spätestens 17. September 1987 seine Zustimmung zu erklären. Für den Fall, daß sich Nordkorea dann völlig zu-

rückziehen sollte, hat China bereits vorgesorgt, indem es immer wieder darauf hinwies, daß es nun einmal zur Olympischen Bewegung gehöre und deshalb deren Beschlüssen folgen wolle.

Nicht ganz glücklich ist China andererseits über die UdSSR-Politik Kim Ilsonngs. Der Präsident höchstpersönlich war im Oktober 1986 nach Moskau gereist - gut 2 1/2 Jahre nach der vorangegangenen Visite vom Mai 1984. Anfang Dezember 1986 war dann eine Militärdelegation ebenfalls nach Moskau gegangen. Ferner kamen Ende 1986 die Parteichefs aus der DDR, Polen und der Mongolei nach Pjongyang.

Gleichwohl unterließen beide Seiten nichts, um den Eindruck völligen Einverständnisses zu wahren. Gemessen an traditionellen Konventionen freilich nehmen sich die Umarmungen und Bruderküsse, zu denen es beispielsweise zwischen Kim und Deng Xiaoping sowohl bei Besuchsantritt als auch bei der Verabschiedung gekommen war, höchst merkwürdig aus. Vor allem Deng Xiaoping macht bei diesen Umarmungen einen unglücklichgequälten Eindruck.

Zum Abschluß seiner Visite reiste Kim Ilsonng noch für zwei Tage nach Tianjin und besuchte dort Fabriken (XNA, 25.5.87). -we-

\*(4)

#### Weitere Verdichtung der chinesisch-thailändischen Beziehungen: Waffenlieferungen

Im Januar 1987 hatte der chinesische Generalstabschef Yang Dezhi Thailand besucht und seinen Gastgebern dort u.a. billige chinesische Waffenlieferungen angeboten. Am 6. März 1987 gab das Oberkommando der thailändischen Armee bekannt, daß die Armee in China 50 bis 60 Panzer vom Typ T-69 kaufen wolle, und zwar zu einem "Freundschaftspreis", der bei nur etwa 10% des Marktpreises liege, wobei auch noch günstige Zahlungsfristen eingeräumt worden seien (Bangkok Post, 7.3.87).

Anfang Mai reiste der Oberkommandierende der Streitkräfte, General Chawalit, nach China, wo das Geschäft offensichtlich perfekt gemacht wurde. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die wichtigsten Verbündeten, u.a. die ASEAN-Staaten und die USA, über

die Kaufabsichten Thailands informiert worden seien und ihr Einverständnis erteilt hätten. Neben den T-69-Panzern würden auch Flakgeschütze und ein größerer Posten Munition von 133-mm-Artilleriegeschossen erworben (VOFA Bangkok in SWB, 8.5.87).

Von einem "Militärabkommen" mit China könne andererseits nicht die Rede sein (Bangkok World, 11.5.87). Falsch seien auch Gerüchte, daß es zwischen Bangkok und Beijing zur Einrichtung eines "heißen Telefondrahts" gekommen sei (SWB, 6.1.86).

Mit diesen Waffengeschäften wurde ein weiterer Schritt auf dem Wege zu einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern getan, die sich vorher jahrelang spinnefeind gewesen waren, da Thailand stets dem westlichen Bündnis zugehört hatte und auch Mitglied der von China so sehr bekämpften SEATO gewesen war, während China andererseits die kommunistischen Aufständischen in Thailand unterstützt hatte.

Die diplomatischen Beziehungen wurden, nachdem sie 1949 im Zuge der kommunistischen Machteroberung in China abgebrochen worden waren, erst 1975 wieder aufgenommen.

Auf Seiten Chinas hatte dabei die Erwägung eine Rolle gespielt, die jahrelange diplomatische Isolierung zu durchbrechen, auf seiten Thailands aber hatten sicherheitsrechtliche Überlegungen die Oberhand über die Abneigung gegen ein kommunistisches China gewonnen: damals, i.J. 1975, hatten sich ja in drei indochinesischen Nachbarländern ebenfalls kommunistische Regime durchgesetzt, von denen Thailand zu wissen glaubte, daß sie mit China nicht auf allzu gutem Fuße standen, weshalb es angebracht erschien, "sich mit dem Feind meiner Feinde" auszusöhnen - eben mit China, das ja obendrein gerade versichert hatte, es wolle die kommunistischen Bewegungen in Südostasien nicht mehr militärisch und materiell, sondern nur noch politisch und moralisch unterstützen.

China ist seit damals in der Tat zu den südostasiatischen KPs auf Distanz gegangen - eine Tatsache, die der KPTh so sehr schadete, daß sie sich am Ende in drei Teile auflöste.

Immer wieder läßt die KPCh seitdem durch ihre "Abteilung für internationale Beziehungen" erklären, daß sie sich niemals wieder in die inneren Angelegenheiten ausländischer Parteien und Regierungen einmischen werde (so z.B. XNA in SWB, 7.10.85).

Die Interessenlage zwischen den beiden Nachbarn und das darauf folgende Verhalten zeigt, daß die chinesische Distanz zur KPTh nicht verbal, sondern höchst real geworden ist.

Einen Höhepunkt der bisherigen Entwicklungen bildete der Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannian vom 11. bis 15. März 1985 in Thailand. Damals wurden nicht nur Erklärungen über die nahezu identischen Ansichten in allen außenpolitischen Fragen herausgegeben, sondern auch zwei wichtige Abkommen unterzeichnet, nämlich über die Förderung und den Schutz von Investitionen sowie über die Gründung eines Gemeinsamen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Einzelheiten dazu in: SOAa, Mai 1985, Ü 14).

Seit dieser Zeit drücken sich Politiker aus beiden Ländern gegenseitig die Klinke in die Hand. Der letzte wichtige Besuch eines chinesischen Politikers war die Visite des Vizeministerpräsidenten Tian Jiyun im Oktober 1986, die durch insgesamt vier ASEAN-Länder führte, nämlich nach Singapur, Malaysia, die Philippinen und Thailand. (Zu früheren Besuchen der Außenminister vgl. C.a., Juli 1980, Ü 6 und 7, Oktober 1980, Ü 8)

China betrachtet die Politik der sechs ASEAN-Staaten als höchst konstruktiven Beitrag im Nord-Süd-Dialog - wobei es vor allem die regelmäßigen Konferenzen der ASEAN-Länder mit ihren sechs "nördlichen Partnern" (USA, Japan, Kanada, Australien, Neuseeland und EG) im Anschluß an die jeweiligen ASEAN-Außenminister-sitzungen im Auge hat. Auch die Rolle, die das ASEAN-Bündnis in der Kambodscha-Frage spielt, wird in China höchst positiv eingestuft.

Zwar hat Indonesien das stärkste Gewicht in der ASEAN-Gemeinschaft, doch zu diesem Land sind die Beziehungen einstweilen noch höchst bescheiden. Aus diesem Grunde pflegt China seine Beziehungen zu den etwas weniger "komplizierten" Mitgliedstaaten

Singapur, den Philippinen - und vor allem zu Thailand, mit dem die Gemeinsamkeiten in der Indochina-Frage besonders substantiell sind.

Kleinere Trübungen des Verhältnisses, so z.B. der Tod eines thailändischen Studenten bei Auseinandersetzungen mit der chinesischen Polizei im Juni 1985, wurden schnell vergessen, während andererseits die Gemeinsamkeiten so stark wie möglich herausgestrichen werden. U.a. erfuhr der Besuch des thailändischen Kronprinzen Anfang März in China viel Aufmerksamkeit (z.B. XNA, 7. und 9.3.87).

Sorgen bereitet den Thais die fast ständig negative Handelsbilanz mit China. Seit am 31. März 1978 das erste Handelsabkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet worden ist, hatte Thailand nur einmal eine aktive Bilanz zu verzeichnen, nämlich 1982. Bereits 1983 aber schloß die Bilanz wieder mit einem thailändischen Defizit in Höhe von 3,6 Mrd. Baht ab (13 Baht = 1 DM, Stand März 1987). 1984 betrug es 3,1 Mrd. Baht. Hauptgrund für die chronisch passive Handelsbilanz Thailands im Handel mit China sind die Käufe von Rohöl im Werte von rd. 5 Mrd. Baht pro Jahr. Thailands wichtigste Exporte nach China sind landwirtschaftliche Produkte, nämlich Reis, Mais, Rohzucker, Kautschuk und Bohnen. Da China freilich seine Eigenversorgung steigert und außerdem Devisen für hochtechnologische Produkte sparen will, sind die Einnahmen Thailands an dem Handel Chinas tendenziell rückläufig. Bei seinem Besuch im Mai 1987 sprach der Präsident der thailändischen Nationalversammlung die Hoffnung aus, daß das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern im Werte von gegenwärtig 500 Mio. US\$ innerhalb der nächsten fünf Jahre auf 800 Mio. \$ erhöht werden möge (XNA, 12.5.87).

Im November 1986 schlug China vor, die thailändisch-chinesischen Handelsbeziehungen durch Gegengeschäfte zu erweitern. Ferner schlug die thailändische Regierung den Chinesen vor, Industrieprodukte, u.a. Elektrogeräte und nicht zuletzt auch thailändische Agrarprodukte für die Weiterveräußerung an Drittländer zu kaufen. Ferner vereinbarten beide Seiten eine Zusammenarbeit im Investitions- und Tourismusbereich. Auch in der Fischerei wollen beide Seiten kooperieren. Was das Ersuchen des thailändischen Fischereiverbands anbe-

langt, im Bereich der Insel Hainan fischen zu dürfen, wurde die thailändische Seite aufgefordert, direkte Verhandlungen mit der dortigen lokalen chinesischen Regierung aufzunehmen. Beim Export von Mineralien sollten beide Seiten sich nicht gegenseitig durch Preiskämpfe unterbieten, sondern sich statt dessen gegenseitig absprechen (Radio Bangkok nach MD Asien, 21.11.86, S.5). -we-

\*(5)

**Zögernd öffnet Indonesien seine Tore nach China**

Obwohl die diplomatischen Beziehungen nach wie vor auf Eis liegen, ist es doch seit Mitte 1985 zur Errichtung direkter Handelsbeziehungen gekommen, die in letzter Zeit immer interessanter geworden sind.

Bis zum 30. September 1965 waren die Beziehungen zwischen der VR China und der damaligen Führung Indonesiens unter Präsident Sukarno eng gewesen. Doch dann kam es zu der blutig niedergeschlagenen "Bewegung vom 30. September" und zu Aktionen der indonesischen Armee gegen die KP Indonesien, die beschuldigt wurde, den Aufstand angezettelt zu haben. Gleichzeitig folgten antichinesische Aktionen und Demonstrationen in Indonesien. Im Oktober wurden die Amtsräume der Wirtschaftsabteilung der chinesischen Botschaft in Jakarta durchsucht - eine Handlung, gegen die Beijing scharf protestierte. Von nun an gab es ein Hin und Her von Dutzenden von Notenwechseln. Am 18. April 1966 erklärte China die Einstellung seiner Wirtschaftshilfe und den Rückzug seiner Experten, und am 23. Oktober 1967 sandte Jakarta eine Note nach Beijing, in der die Schließung der indonesischen Botschaft in Beijing sowie die Aufforderung an China enthalten war, seine Botschaft und seine Konsulate in Indonesien ebenfalls zu schließen und das gesamte Personal zurückzuberufen (Einzelheiten dazu in: "Verträge der VR China mit anderen Staaten", Bd. XII/4 der Schriften des Instituts für Asienkunde Hamburg, Wiesbaden 1968, S.105-132).

Das kommunistische China war für die neue Militärregierung Suhartos von jetzt an viele Jahre hindurch eine Art rotes Tuch. Verschiedene Annäherungsversuche der Chinesen stießen auf taube Ohren.

Es bedurfte der persönlichen Initiative Suhartos Ende 1984, um wenigstens den Weg zur Wiederaufnahme direkter Handelsgespräche zu bahnen. Seit Anfang 1985 trafen sich dann beide Seiten ostentativ auf einer Ebene, die unterhalb von Regierungsgesprächen lag, und zwar in Beijing sowie in Singapur (XNA, 31.1.85). Diese Gespräche hatten zunächst zwar keinen Erfolg, doch wurde das Eis gebrochen, nachdem Jakarta China zur Teilnahme an den Feiern zum 30. Jubiläum der Afro-Asiatischen Konferenz (April 1985) von Bandung einlud (XNA, 6.3.85). Als einer der Hauptteilnehmer der Bandunger Konferenz von 1955 entsandte China eine hochrangige Delegation unter der Führung von Außenminister Wu Xueqian.

In die Gespräche zwischen der indonesischen Kammer für Handel und Industrie (Kadin) und dem CCPIT kam nun neuer Wind, so daß bereits am 5. Juli 1985 in Singapur ein Memorandum unterzeichnet werden konnte, das den Startschuß für die Wiederaufnahme von direkten Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten gab. Die Transaktionen sollten in konvertibler Währung erfolgen, wobei beide Staatsbanken günstige Voraussetzungen schaffen sollten. Außerdem sollte es den Schiffen beider Seiten erlaubt sein, direkt die Häfen des Vertragspartners anzulaufen. Reisevisen sollten durch die offiziellen Repräsentanten beider Regierungen in Hongkong und Singapur erteilt werden. Kadin und CCPIT sollten die einzigen Organisationen sein, die auch weiterhin direkte Beziehungen unterhalten. In den vorangegangenen Jahren war der meiste Handel zwischen beiden Staaten über die Zwischenstationen Singapur und Hongkong verlaufen. Das Volumen hatte sich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre auf jährlich immerhin rd. 220 Mio. US\$ belaufen, wobei China stets eine aktive Bilanz aufzuweisen hatte. Seit 1985 liefert China vor allem billige Konsumgüter, während Indonesien umgekehrt Rohmaterialien wie Rohgummi und Sperrholz nach China exportiert.

Am Anfang war das gegenseitige Mißtrauen noch stark ausgeprägt - vor allem auf indonesischer Seite, wo seit 1965 eine Art "Chinaphobie" geherrscht hatte. Nicht zuletzt auch bestand die Befürchtung, daß die als tüchtige Händler, Banker und Industrielle bekannten Auslandschinesen, die nach 1965 z.T.

vertrieben und z.T. unterdrückt worden waren, nun wieder Oberwasser bekämen - und zwar auf Kosten der "Söhne der Scholle" (pribumis). Andererseits ist bekannt, daß die Regierung Suharto enge Beziehungen zu einigen der chinesischen Spitzenunternehmer hält.

Zu einem Zusammentreffen zwischen Wu und Suharto kam es bei dem Jakarta-Besuch des chinesischen Außenministers allerdings nicht.

Zwischen China und Indonesien steht nach wie vor eine Reihe von Konfliktpunkten:

- Da ist einmal der indonesische Verdacht, daß China nach wie vor Mitglieder der Kommunistischen Partei Indonesiens, der PKI, in seinem Land Gastrecht gewährt.

In der Tat räumte Außenminister Wu Xueqian in einem Interview mit der Zeitung *Sinar Harapan* während seines Besuchs anlässlich der 30-Jahr-Feier zur Bandung-Konferenz ein, daß im Anschluß an die "Bewegung 30. September" (1965) verschiedene Mitglieder der PKI nach China geflohen seien und daß China - in Übereinstimmung mit seiner Verfassung - ihnen Asyl gewährt habe. Einige von ihnen seien bereits gestorben, einige andere seien ausgewandert. Es blieben nur "einige wenige, die ebenfalls sehr alt und in schlechter Gesundheit" seien. Einer von ihnen sei Jussuf Ajitorop, das einzige noch überlebende Mitglied des früheren ZK der PKI (SWB, 8.5.85).

Am 2. September drückte Xinhua das chinesische "Bedauern" über die Exekution dreier indonesischer Kommunisten aus (XNA, 2.9.85).

- Den Chinesen mißfällt ferner die Zusammenarbeit zwischen Indonesien und Vietnam, die beide sich als die zwei wichtigsten Barrieren gegen den präsumtiven Ausdehnungsdrang Chinas in Richtung Südostasien verstehen.

- Ein weiterer Grund für die Zurückhaltung Indonesiens war die Tatsache, daß seine Handelsbilanz mit China bisher stets negativ war. In Indonesien hofft man, daß hier bald eine entscheidende Änderung eintritt.

Im Anschluß an das Memorandum vom 5. Juli 1985 waren acht Absichtserklärungen und ein Vertrag im Werte von einigen Hundertmil-

lionen US-Dollar unterzeichnet worden. Danach sollte China nach Indonesien 2 Mio. t Kohle und 50.000 t Baumwolle exportieren und von Indonesien umgekehrt mit 30.000 t Kautschuk, 250.000 t Zement und 50.000 cbm Sperrholz sowie mit synthetischen Fasern, Nutzholz, Nüssen, Kaffee und Kakao beliefert werden.

Inzwischen haben die beiderseitigen Handelsbeziehungen eine neue Qualität angenommen.

U.a. ist China Indonesiens größter Versorger mit Baumwolle geworden und hat damit die bisher führenden USA auf den zweiten Platz gedrängt. Der Importanteil Chinas an den gesamten Baumwolleneinfuhren Indonesiens betrug 1986 29,7%, der der USA dagegen nur noch 28,4% (XNA, 9.5.87).

In der Zwischenzeit verhandelt auch das indonesische Direktorium für Post- und Telekommunikationswesen mit den Chinesen über den Transport des indonesischen Palapa-B2-Satelliten in den Welt- raum.

Was China anbelangt, so zeigt es sich höchst optimistisch, so z.B. Außenminister Wu Xueqian Mitte 1985: In der Zwischenzeit seien beide Seiten darin übereingekommen, ihre kulturellen und Sportbeziehungen auszubauen. Auch habe man den Indonesiern in der Zwischenzeit glaubhaft machen können, daß in den letzten 18 Jahren keine Kontakte mit der PKI mehr bestanden hätten und daß China übrigens auch nicht in die "Bewegung 30. September" von 1965 verwickelt gewesen sei (XNA, 4.6.85). Man könne zwar bisher nicht sagen, wann wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen würden - doch die ersten Schritte in Richtung auf eine solche Normalisierung seien bereits getan.

Immer wieder auch spielte der chinesische Außenminister auf den "Geist von Bandung" an (XNA, 22.4.85; RMRB, 24.4.85). - we-

## LATEINAMERIKA

### \*(6) Chinesische Waffen an Nicaragua?

Immer wieder muß sich die VR China gegen Verdächtigungen wehren, Waffen an Nicaragua verkauft zu haben. Im Mai 1986 sah sich das chinesische Außenministerium veranlaßt, eine Behauptung, daß China

Waffen an die Contras liefere, zu dementieren (XNA, 15.5.86). Ein Jahr später hieß es dann, China verkaufe Waffen sowohl an die nicaraguanische Regierung als auch an die Contras. Es war kein Geringerer als der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, der frühere Außenminister Huang Hua, der bei einem Besuch in Mexico City am 3. Mai 1987 erklärte, daß China das mittelamerikanische Land Nicaragua als befreundetes Land respektiere. Die Behauptung von Waffenlieferungen an die Regierung oder aber an die Contras sei von gewissen Kräften mit dem Ziel verbreitet worden, einen Keil zwischen China, Nicaragua und die Contadora-Gruppe zu treiben (XNA, 6. und 7.5.87).

China unterstützt bekanntlich die Contadora-Gruppe in ihren Bemühungen, die Mittelamerika-Frage durch friedliche Verhandlungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern zu lösen. Ferner wendet sich China systematisch gegen "Einmischungsversuche" der USA in Lateinamerika. U.a. verurteilt es beispielsweise die Einräumung einer Militärhilfe in Höhe von 110 Mio. US\$ durch das amerikanische Repräsentantenhaus am 25. Juni 1986 (dazu RMRB, 2.7.86). Die *Volkszeitung* (ebenda) wies darauf hin, daß es die US-Regierung gewesen sei, die i.J. 1982 bedauerlicherweise den nicaraguanischen Contras zum Leben verholfen habe, und zwar mit Hilfe von CIA-Fonds. Seit März 1983 hätten sich die Contras laufend ausgedehnt; ihr "geheimer Krieg" habe überall in den USA Opposition hervorgerufen. Ende 1984 habe die US-Administration ihre Hilfe wegen des Kongreßwiderstandes an die nicaraguanischen Rebellen sogar einstellen müssen. Seit dem Beginn der zweiten Amtsperiode Präsident Reagans i.J. 1985 jedoch sei die Politik der Militärhilfe an die Contras mit erneuter Energie verfolgt worden. Zunächst einmal sei 1985 eine "humanitäre Hilfe" in Höhe von 27 Mio. US\$ und nun eine Militärhilfe in Höhe von 110 Mio. US\$ gewährt worden. Die Nicaragua-Frage lasse sich aber, wie die Dinge nun einmal stünden, nur durch inneren Ausgleich, nicht jedoch durch Einmischung von außen lösen. Es liege an den Sandinisten, aber auch an der Contadora-Gruppe, hier die nötigen Lösungen zu finden.

Im Dezember 1985 nahmen China und Nicaragua diplomatische Beziehungen auf, und im August

1986 wurde der erste nicaraguanische Botschafter in Beijing akkreditiert.

Vom 11. bis 14. September 1986 besuchte der Präsident der Republik Nicaragua, Daniel Ortega, die Volksrepublik. Beide Seiten waren sich in der Beurteilung der wichtigsten Grundlinien der Außenpolitik einig und beschlossen eine freundschaftliche Zusammenarbeit. U.a. verpflichtete sich China gegenüber Nicaragua zu einer Wirtschaftshilfe in Form zinsloser Kredite in Höhe von 20 Mio. US\$. Außerdem wurden zwei bilaterale Abkommen über Handel sowie über wirtschaftliche und technische Kooperation unterzeichnet.

Ortega zeigte sich zufrieden mit den Ergebnissen der Gespräche, in denen sich die chinesische Führung solidarisch auf die Seite der Sandinisten gestellt habe.

Mehrere Male erklärten chinesische Spitzenpolitiker, daß sie jede Form von Hegemoniestreben ablehnten.

Ortega wies darauf hin, daß die chinesischen Kredite als Warenhilfe zum Einkauf von Nahrungsmitteln und anderen Gütern gedacht seien (XNA, 12., 13. und 14.9.86). Von Waffenhilfe war nie die Rede. -we-

---

## Innenpolitik

---

### \* (7) Gegenangriff der Reformkräfte gegen die orthodoxen Marxisten-Leninisten

Die Reformkräfte scheinen im Mai einen Gegenangriff gegen die orthodoxen Marxisten-Leninisten gestartet zu haben. In einer Rede auf einer nationalen Konferenz über die Ausrichtung der Partei warnte Zhao Ziyang am 26. Mai 1987 u.a. vor einem dogmatischen Verständnis der *Vier Grundprinzipien*, denn dies könne dazu führen, daß man die Reformpolitik und die Öffnung nach außen ablehne. Bereits am 16. Mai hatte die *Jingji Ribao* in einem Leitartikel eine weitere "Befreiung des Denkens" gefordert und orthodoxe Kritik an den Wirtschaftsreformen scharf zurückgewiesen. Am 27. Mai verlangte auch die *Gongren Ribao*: "Wir müssen unser Denken noch weiter befreien" und kritisierte zum ersten Mal

seit langem wieder "linkes" Gedankengut: "Linkes" Gedankengut stelle immer noch das Haupthindernis für die weitere Entwicklung der Reform dar. Schließlich meldete sich auch Deng Xiaoping zu Wort. Die *Volkszeitung* zitierte am 30. Mai aus einem Gespräch von Deng mit dem 1. stellvertretenden Ministerpräsidenten der Republik Singapur u.a., daß die "linken" Fehler von 1957 bis 1978 China ungefähr 20 Jahre gekostet hätten. Die Wende von Dezember 1978 sei unumgänglich gewesen. Bereits am 30. April und 5. Mai hatte Deng in Gesprächen mit ausländischen Politikern den "linken" Kurs der Vergangenheit kritisiert - diese Bemerkungen von Deng waren in der offiziellen chinesischen Presse jedoch nicht wiedergegeben worden. -sch-

### \* (8) Hu Yaobang wieder aufgetreten

Der Mitte Januar vom Amt des ZK-Generalsekretär abgelöste Hu Yaobang trat am 22. April wieder öffentlich auf, als es an den Wahlen zu den Volkskongressen auf Kreis- und Gemeindeebene im Wahlbezirk Zhongnanhai, dem Sitz der Partei- und Staatsführung, teilnahm (Radio Beijing und Beijing TV, 22.4.87, nach: SWB, 25.4.87). -sch-

### \* (9) Frau von Fang Lizhi zur Abgeordneten gewählt

Frau Li Shuxian, die Gattin des wegen schwerwiegender bürgerlicher Liberalisierungstendenzen aus der KPCh ausgeschlossenen Astrophysikers Fang Lizhi, wurde am 28. Mai in den Volkskongreß des Stadtbezirks Haidian von Beijing gewählt. Im zweiten Wahlbezirk (für Studenten) an der Universität Beijing (Beida) erhielt Frau Li 8639 von 9689 abgegebenen Stimmen, während die beiden anderen gewählten Abgeordneten 5473 bzw. 5264 Stimmen erhielten. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 90%. Zur Wahl standen vier von Studenten vorgeschlagene Kandidaten. (Zhongguo Tongxun She, Hongkong, 28.5.87, nach: SWB, 2.6.87)

Frau Li (55) schloß 1956 ihr Physikstudium an der Beida ab. Ab 1957 wurde sie als "Rechtsabweichlerin" politisch verfolgt und erst 1979 rehabilitiert. Sie ist gegenwärtig außerordentliche Professorin an der Fakultät für Physik der Beijing-Universität. Nach ihrer Wahl